

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 12 | 4. bis 17. Juni 2018

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. EU-Kommission schlägt Binnenmarktprogramm für Verbraucher vor

Die EU-Kommission schlug am 7. Juni 2018 ein Binnenmarktprogramm über 4 Milliarden Euro für den EU-Haushalt 2021-2027 vor. Damit sollen Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden. Ein weiterer Schwerpunkt des neuen Binnenmarktprogramms liegt auf der Förderung der sicheren Erzeugung von Lebensmitteln, der Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen und Pflanzenkrankheiten und der Verbesserung des Tierschutzes.

Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, erklärte: „Wir müssen sicherstellen, dass die Verbraucher ihre Rechte nutzen können. Konkret bedeutet dies, ihnen praktische Beratung zu Verbraucherfragen zur Verfügung zu stellen und gefährliche Produkte vom Markt zu nehmen. Wie bei der Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher angekündigt, werden wir darüber hinaus erstmalig kollektive Rechtsbehelfsverfahren finanziell fördern.“

https://ec.europa.eu/germany/news/20180607-binnenmarktprogramm_de

https://ec.europa.eu/commission/publications/single-market-programme-legal-texts-and-factsheets_en

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

2. EU bringt Ausgleichszölle auf ausgewählte US-Waren auf den Weg

Die EU-Kommission hat ihre Ankündigung, ab Juli Ausgleichszölle auf ausgewählte Produkte aus den USA zu erheben, am 6. Juni 2018 in die Tat umgesetzt. Als Reaktion auf die von den USA verhängten Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte beschloss das Kollegium der Kommissare, auf die bei der Welt handelsorganisation (WTO) angemeldete vollständige Liste von US-Erzeugnissen Ausgleichszölle zu erheben. Die Kommission möchte nun das Abstimmungsverfahren mit den Mitgliedstaaten vor Ende Juni abschließen, so dass die neuen Zölle ab Juli gelten können. Die EU wird ihre Rechte für US-Erzeugnisse im Wert von bis zu 2,8 Milliarden Euro unverzüglich ausüben. Die verbleibende Neugewichtung des Handels im Wert von 3,6 Milliarden Euro wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen - in drei Jahren oder nach einem positiven Ergebnis bei der WTO-Streitbeilegung, falls dies früher erfolgen sollte.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180606-ausgleichszoelle_de

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4083_de.htm

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/may/tradoc_156909.pdf

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Neue Rahmenbedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien

Die Unterhändler von EU-Parlament, EU-Ministerrat und EU-Kommission einigten sich am 14. Juni 2018 auf ein verbindliches Ziel von 32 Prozent für erneuerbare Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2030. Im Jahr 2023 soll eine Anhebung dieses Ziels geprüft werden. Der Anteil erneuerbarer Energie im Verkehrssektor soll bis 2030 auf 14 Prozent erhöht werden. Der Palmölanteil soll jedoch auf dem Niveau von 2019 eingefroren werden und dann von 2023 an schrittweise reduziert werden. Ab 2030 wird Palmöl nicht mehr auf die Biosprit-Ziele angerechnet. Damit soll verhindert werden, dass weitere tropische Regenwälder in Ländern wie Malaysia und Indonesien für die Anlage von Plantagen zur Palmölgewinnung abgeholzt werden. Neu ist das Recht für Verbraucher, ihren selbst oder kollektiv erzeugten Strom in Zukunft gebührenfrei selbst zu verbrauchen und überschüssigen Strom zu verkaufen.

Nach dieser politischen Einigung muss der Text der Richtlinie vom EU-Parlament und vom EU-Ministerrat förmlich angenommen werden. Die Mitgliedstaaten müssen die neuen Elemente der Richtlinie innerhalb von 18 Monaten nach ihrem Inkrafttreten in nationales Recht umsetzen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180614IPR05810/energy-new-target-of-32-from-renewables-by-2030-agreed-by-meps-and-ministers>

https://ec.europa.eu/germany/news/energien20180614_de

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-4155_en.htm

<https://ec.europa.eu/energy/en/news/commission-proposes-new-rules-consumer-centred-clean-energy-transition>

2. Deutschland mit Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in Verzug

Die EU-Kommission hat am 7. Juni 2018 beschlossen, Deutschland, Belgien und Luxemburg zur vollständigen Umsetzung der europäischen Regeln über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe aufzufordern. Die Regeln enthalten unter anderem harmonisierte Normen zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Bestimmungen zur Ermöglichung von Elektromobilität. Die Richtlinie hätte bis zum 18. November 2016 von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180607-alternative-kraftstoffe_de

3. EU-Kommission streicht alle Fluggesellschaften aus Indonesien von Schwarzer Liste

Alle indonesischen Luftfahrtunternehmen dürfen wieder in den europäischen Luftraum fliegen. Die EU-Kommission hat am 14. Juni 2018 die EU-Flugsicherheitsliste aktualisiert. Darüber hinaus wird ein neues Warnsystem für Fluglotsen aller Mitgliedsstaaten eingeführt, das verhindert, dass Luftfahrzeuge von Drittlandbetreibern ohne Genehmigung in den europäischen Luftraum gelangen. In der EU-Flugsicherheitsliste werden Luftfahrtunternehmen aufgeführt, für die in der Europäischen Union Flugverbote oder Betriebsbeschränkungen gelten, weil sie die internationalen Sicherheitsnormen nicht erfüllen.

https://ec.europa.eu/germany/news/flugsicherheit20180614_de

https://ec.europa.eu/transport/modes/air/safety/air-ban_de

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank kündigt mögliche Zinswende an

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 14. Juni 2018 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln,

werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins von 0,40 Prozent belegt. Die Leitzinsen sollen „mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden“. Ziel der EZB ist eine Verbraucherpreisinflation von unter aber nahe zwei Prozent. Im Mai 2018 ist die Inflation im Euro-Gebiet um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Fachleute der EZB rechneten für 2018, 2019 und 2020 mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex von jeweils 1,7 Prozent.

Die EZB setzt auch bis Jahresende 2018 den Erwerb von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren fort. Der Betrag wird allerdings nach September 2018 von 30 Milliarden Euro auf 15 Milliarden Euro monatlich gesenkt. Fällig werden den Anleihen werden erneut „für längere Zeit“ wiederangelegt. Durch das Ankaufsprogramm und die Wiederanlage fälliger Anleihen werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt.

https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/The-men/2018/2018_06_14_ezb_rat.html?startpagelId=Startseite-DE&startpageArealId=Teaserbereich&startpage-LinkName=2018_06_14_ezb_rat+431246

2. Europäische Marktaufsichtsbehörde ergreift Maßnahmen gegen spekulative Finanzprodukte für Verbraucher

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat am 22. Mai 2018 Maßnahmen zur Regulierung des Vertriebs bestimmter spekulativer Finanzprodukte getroffen. Diese sind am 1. Juni 2018 im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden. Danach werden Vermarktung, Vertrieb und Verkauf binärer Optionen an Verbraucher ab dem 2. Juli 2018 verboten. Bei binären Optionen können nur zwei Szenarien eintreten: Tritt ein zuvor definiertes Ereignis ein, erhält der Käufer einen festgelegten Betrag, andernfalls verfällt die Option. Als Basiswerte kommen – wie bei klassischen Optionsscheinen auch – Indizes, Aktien, Währungspaare oder auch Rohstoffe in Frage. Es kann auf fallende oder steigende Kurse spekuliert werden.

Außerdem gelten ab dem 1. August 2018 für finanzielle Differenzkontrakte (Contracts for Difference – CFDs) automatische Verlustbegrenzungen, ein Nachschusspflichtverbot, Vermarktungsbeschränkungen und eine verpflichtende Risikowarnung für Verbraucher. Mit CFDs können Verbraucher auf die Entwicklung eines Basiswerts spekulieren. Das kann zum Beispiel der Kurs einer Währung sein. Dabei wird die Differenz zum Ausgangskurs regelmäßig mit der Anlagesumme verrechnet. Üblicherweise beinhalten CFDs den Einsatz von Fremdkapital (Kreditaufnahme bzw. „Hebel“), sodass auch kleinere Schwankungen zu hohen Verlusten führen können. Diese Verluste können durch den Hebel höher ausfallen, als das eingesetzte Kapital. In solchen Fällen

besteht häufig eine Nachschusspflicht für Verbraucher. Sie müssen also für die Verluste Geld nachschießen.

Die ESMA hat von ihrer neuen Befugnis Gebrauch gemacht, Verbote von bis zu drei Monaten zu verhängen. Vor Ablauf dieser Frist wird die ESMA prüfen, ob eine Verlängerung um weitere drei Monate erforderlich ist.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordert eine Vertriebsbeschränkung für alle Produkte mit Nachschusspflichten. „Ein Verbot von Nachschusspflichten bei CFD ist richtig. Differenzkontrakte sind hochspekulative Produkte, bei denen Verbraucher im Fall von Nachschusspflichten ihr gesamtes Vermögen verlieren können“, sagt Dorothea Mohn, Leiterin Team Finanzmarkt beim vzbv.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-adopts-final-product-intervention-measures-cfds-and-binary-options>

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018X0601\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018X0601(01)&from=EN)

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018X0601\(02\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018X0601(02)&from=EN)

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/bafin-intervention-bei-finanziellen-differenzkontrakten-wichtiges-signal-die>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Kommission zertifiziert Testmethodik für Lebensmittel von zweierlei Qualität

Die EU-Kommission hat eine neue einheitliche Methodik genehmigt, mit der sich die Qualität von Lebensmittelprodukten in der EU vergleichen lässt. Die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten können damit die Zusammensetzung und die Eigenschaften von Lebensmittelprodukten vergleichen, die innerhalb der Europäischen Union in gleich aussehender Verpackung vertrieben werden. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission stellte die Methodik am 14. Juni 2018 auf einem Treffen des Hochrangigen Forums für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette vor.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4122_de.htm

2. Grenzwerte für Glyphosat in Lebensmitteln angemessen – einige Fragen offen

Die Europäische Behörde für Nahrungsmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte am 25. Mai 2018 einen Bericht über die Überprüfung der maximal zulässigen Rückstandswerte für Glyphosat in Lebensmitteln. Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass die gegenwärtigen Expositionswerte kein Risiko für die menschliche Gesundheit darstellen. Es fehlten allerdings einige Informationen. Einige Rückstandswerte müssten daher noch überprüft werden.

<https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2018.5263>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Einigung über neues Telekommunikationsrecht

Die Unterhändler des EU-Parlaments und des EU-Ministerrats haben am 5. Juni 2018 eine politische Einigung über das neue EU-Telekommunikationsrecht erzielt. Der Kodex für elektronische Kommunikation soll Investitionen in sehr leistungsfähige Netze in der gesamten Europäischen Union fördern, auch in abgelegenen und ländlichen Gebieten. Der Kodex soll insbesondere den Ausbau der 5G-Netze und neuer Festnetze mit sehr hoher Kapazität vorantreiben.

Auch die Verbraucher sollen von den neuen Regeln profitieren. Unabhängig davon, ob sie über traditionelle (Anrufe, SMS) oder webbasierte Dienste (Skype, WhatsApp, etc.) kommunizieren, soll gewährleistet werden, dass alle Bürger Zugang zu erschwinglichen Kommunikationsdiensten haben. Außerdem dürfen internationale Anrufe innerhalb der Europäischen Union nicht mehr als 19 Cent pro Minute kosten. Für Endnutzer mit Behinderungen muss ein gleichwertiger Zugang zu Kommunikation gewährleistet werden. Die Tarife werden transparenter, die Vergleichbarkeit der Angebote verbessert und der Wechsel des Dienstleisters sowie die Beibehaltung der gleichen Telefonnummer erleichtert.

Susanne Blohm, zuständig für Digitales und Medien bei der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) spricht von einem „großen Erfolg“. Der Gesetzgeber löse so die Verwirrung nach der Abschaffung der Roaming-Gebühren auf. Blohm warnt allerdings vor Lücken im Gesetz. Mögliche Ausnahmen, zum Beispiel für wirtschaftlich schwache Telefonkonzerne, sieht sie kritisch. Der Maximalbetrag von 19 Cent ist aus ihrer Sicht „ein guter Kompromiss“. Besser gehe es aber immer. „Man darf nicht vergessen, dass die Konzerne weiter gute Gewinne machen“, sagt Blohm.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180606-schnelles-internet_de

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/roaming-einfach-mal-anrufen-1.4004342>

2. Durchbruch bei Verhandlungen zu audiovisuellen Mediendiensten

Die Unterhändler des EU-Parlaments, des EU-Ministerrats und der EU-Kommission bestätigten am 6. Juni 2018 ihre vorläufige politische Einigung vom 26. April 2018 zu einer neuen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste. Die EU-Botschafter billigten am 13. Juni 2018 namens des EU-Ministerrats diesen Kompromiss. Die Richtlinie nun dem EU-Parlament zur Abstimmung in erster Lesung und anschließend dem EU-Ministerrat zur endgültigen Annahme vorgelegt. Die Richtlinie tritt am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft; danach haben die Mitgliedstaaten 21 Monate Zeit für die Umsetzung in nationales Recht.

Die Richtlinie stärkt das Herkunftslandprinzip. Geklärt wird welche Vorschriften des Mitgliedstaats im jeweiligen Fall gelten. Für Fernsehveranstalter und den gesamten audiovisuellen Sektor, einschließlich Abrufdienste und Videoplattformen, gelten dieselben Verfahren. Die überarbeitete Richtlinie wird auch für von Nutzern erstellte Videos, die auf Plattformen wie Facebook geteilt werden, gelten, wenn die Bereitstellung von audiovisuellen Inhalten eine wesentliche Funktion des Dienstes darstellt. Minderjährige werden künftig besser geschützt und die Aufstachelung zum Hass kann effektiver bekämpft werden. Außerdem werden europäische audiovisuelle Produktionen gefördert und die Unabhängigkeit der für audiovisuelle Medien zuständigen Regulierungsstellen sichergestellt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180607-audiovisuelle-medien-dienste_de

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/13/audiovisual-media-services-agreement-on-a-new-directive-to-boost-competitiveness-and-promote-european-content/>

3. Betreiber von Facebook-Fanseiten sind für Datenschutz mitverantwortlich

Der Europäische Gerichtshof entschied am 5. Juni 2018, dass der Betreiber einer Facebook-Fanpage gemeinsam mit Facebook für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Besucher seiner Seite verantwortlich ist. Die Datenschutzbehörde des Mitgliedstaats, in dem dieser Betreiber seinen Sitz hat, könne sowohl gegen ihn als auch gegen die in diesem Mitgliedstaat niedergelassene Tochtergesellschaft von Facebook vorgehen. Im Ausgangsfall hat das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein mit Bescheid vom 3. November 2011 angewiesen, ihre Fanpage zu deaktivieren. Nach Auffassung des Unabhängigen

Landeszentrum für Datenschutz wiesen nämlich weder die Wirtschaftsakademie noch Facebook die Besucher der Fanpage darauf hin, dass Facebook mittels Cookies sie betreffende personenbezogene Daten erhebt und diese Daten danach verarbeitet.

Die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein ist ein auf den Bereich Bildung spezialisiertes Unternehmen. Sie bietet u. a. über eine auf Facebook unter der Adresse www.facebook.com/wirtschaftsakademie unterhaltene Fanpage Bildungsdienstleistungen an.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-06/cp180081de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=202543&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1275327>

4. Europaabgeordnete kritisieren mangelnden Datenschutz in den USA

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EU-Parlaments forderte am 11. Juni 2018 die EU-Kommission auf, das Abkommen EU-USA über den Datenschutz („Datenschutzschild“) zu suspendieren, wenn die USA nicht beim Schutz persönlicher Daten für Besserung sorgen. Das Plenum des EU-Parlaments wird voraussichtlich im Juli hierüber abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180611IPR05527/eu-us-privacy-shield-data-exchange-deal-us-must-comply-by-1-september-say-meps>

5. Verbraucher nutzen Wegfall der Roaminggebühren

Ein Jahr nach: Abschaffung der Roamingkosten in der Europäischen Union zog die EU-Kommission eine positive Bilanz. Seit der Abschaffung der Aufschläge am 15. Juni 2017 seien in der Europäischen Union und in der EU und im Europäischen Wirtschaftsraum (Island, Liechtenstein und Norwegen) von Reisenden in andere Länder über fünf Mal mehr Daten abgerufen und fast zweieinhalb Mal mehr Telefongespräche geführt worden. Außerdem gäben 82 Prozent der Personen, die im letzten Jahr in ein anderes EU-Land gereist sind, an, dass sie von den neuen Vorschriften profitiert haben.

https://ec.europa.eu/germany/news/roamingkosten20180615_de

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Neues Pauschalreiserecht tritt am 1. Juli 2018 in Kraft

Nach dem neuen Reiserecht gilt der Schutz für Pauschalreisende beispielsweise auch dann, wenn mindestens zwei Reiseleistungen (z.B. Flug und Hotel) getrennt ausgewählt und vom Reisebüro zu einem Paket zusammengefügt worden sind („Bausteinreise“). Der Reisende ist in diesem Fall gegen die Zahlungsunfähigkeit des Reiseveranstalters geschützt. Bei Ausfall der Fluggesellschaft oder des Hotels muss der Reiseveranstalter auf einen anderen Flug bzw. ein anderes Hotel umbuchen. Der Schutz gilt nicht bei „Vermittlung einer verbundenen Reiseleistung“. Eine solche Leistung liegt vor, wenn im Reisebüro die Leistungen einzeln ausgewählt werden und wenn pro Leistung eine separate Rechnung ausgestellt wird. Hier besteht Schutz gegen die Insolvenz des Reisebüros, aber nicht gegen die Fluggesellschaft oder das Hotel.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015L2302&from=DE>

https://www.evz.de/fileadmin/user_upload/eu-verbraucher/bilder/Broschueren_mit_Titelfotos/Auf_Pauschalreise_durch_Europa_2018_.pdf

2. EU-Parlament für Maßnahmen zugunsten der Freizeitfischerei

In seiner EntschlieÙung vom 12. Juni 2018 hebt das EU-Parlament hervor, dass die Freizeitfischerei in den meisten Ländern Europas immer beliebter wird und dass diese Art der Fischerei eine wichtige Aktivität mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, arbeitsmarktbezogenen und ökologischen Auswirkungen ist. Die Mitgliedstaaten sollten deshalb dafür Sorge tragen, dass diese Aktivitäten nachhaltig betrieben werden. Das EU-Parlament fordert die EU-Kommission mit Nachdruck auf, den Ausbau der Freizeitfischerei im Rahmen des Tourismus zu unterstützen, da diese einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der blauen Wirtschaft in kleinen Gemeinden, Küstengemeinden, Inseln und insbesondere in den Gebieten in äußerster Randlage leiste.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0243+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

TERMINVORSCHAU

Rat

Rat Landwirtschaft und Fischerei (18. Juni 2018)

Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 (Aussprache); Schutz von Honigbienen und anderen bestäubenden Insekten (Informationen der slowenischen Delegation).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (18. Juni 2018)

Freier Fluss nichtpersonengebundener Daten im Binnenmarkt (Aussprache über Änderungsvorschläge des EU-Parlaments).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung“ (18./19. Juni 2018)

Bestimmungen und Verfahren für die Konformität und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (19. Juni 2018)

Richtlinie zur besseren Durchsetzung von EU-Verbraucherschutzrecht.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (19. -21. Juni 2018)

Verordnung über ein Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) – Mandat für Verhandlungen mit dem EU-Parlament; Grenzüberschreitender Vertrieb von Investmentfonds – Mandat für Verhandlungen mit dem EU-Parlament; Beschluss über die Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens der EU mit Japan.

Ratsarbeitsgruppe „Zivilrecht“ (20. Juni 2018)

Richtlinie zu Verträgen über Warenhandel.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (20. Juni 2018)

Ausweitung der SEPA-Verordnung auf Zahlungen in Euro in Ländern außerhalb des Euroraums.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (20. Juni 2018)

Freier Fluss nichtpersonenbezogener Daten im Binnenmarkt (Vorbereitung des Trilogs, eventuell); Gasrichtlinie; Governance der Energieunion (Bericht über Ergebnisse des Trilogs); Richtlinie zur Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden; Verordnung zur Sicherheit von Kraftfahrzeugen.

Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (21. Juni 2018)

Bericht zur Angemessenheit der Renten- und Pensionshöhe (2018): Wichtigste Schlussfolgerungen zum gemeinsamen Bericht des Ausschusses für Sozialschutz und der Kommission (Billigung); Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (Orientierungsaussprache); Die Zukunft der Gesundheitsversorgung in der EU (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen zu gesunder Ernährung für Kinder: Die gesunde Zukunft Europas; Mitteilung über die "Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten" (Vorstellung durch die Kommission); Mitteilung über die Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt (Vorstellung durch die Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (21. Juni 2018)

Richtlinie zum Europäischen elektronischen Kommunikationskodex - Prüfung des Kompromisstexts des Vorsitzenden; Verordnung über das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) - Prüfung des Kompromisstexts des Vorsitzenden.

Rat Wirtschaft und Finanzen - Ecofin (22. Juni 2018)

Europäisches Einlagensicherungssystem (Sachstandsbericht).

Rat Umwelt (25. Juni 2018)

Verordnung über CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge (Orientierungsaussprache); Trinkwasser-Richtlinie (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen zur Einhaltung der Zusagen zum Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft; Verordnung zu Einwegkunststoffartikeln (Vorstellung durch die EU-Kommission); Nach 2020 - eine neue globale Vereinbarung in Bezug auf Chemikalien und Abfälle (Informationen der schwedischen Delegation); Einbeziehung der Einhaltung des Übereinkommens von Paris als wesentliches Element von EU-Abkommen und Durchsetzbarkeit der Bestimmungen über nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen durch den Streitbeilegungsmechanismus (Informationen der französischen Delegation).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (25. Juni 2018)

Aufsicht über Wertpapierfirmen.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (26. Juni 2018)

Rahmen für gedeckte Schuldverschreibungen.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (27. Juni 2018)

Sammelklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (27. Juni 2018)

Prüfung der endgültigen Kompromisstexte zur Richtlinie zum Europäischen elektronischen Kommunikationskodex und zur Verordnung über das Gremium

Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC);
Aussprache über Umsetzung der Strategie zum digitalen Binnenmarkt.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (27. Juni 2018)

Schwarmfinanzierung (crowd funding).

Europäischer Rat (28./29. Juni 2018)

Innovation und digitales Europa; langfristiger EU-Haushalt; Außenbeziehungen.
Die EU-Führungsspitzen werden ferner (im EU27-Format) über den Brexit und
(im Euro-Gipfel-Format) über das Euro-Währungsgebiet beraten.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (18./19. Juni 2018)

Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Missbräuchlicher Verkauf von Finanzprodukten“; Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen; Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (18./19. Juni 2018)

Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge; Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation – BEREC (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Energieeffizienz (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Governance-System der Energieunion (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Europäischen Union: Zeit zu handeln!

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (18./19. Juni 2018)

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen); Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP); Zweierlei Qualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt; Bestimmungen und Verfahren für die Konformität und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte; Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind; Vorschlag für eine Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien; Der horizontale Regelungsrahmen der EU für die Entfernung illegaler Inhalte im digi-

talen Binnenmarkt – Maßnahmen für eine ausgewogene und vorhersehbare allgemeine Haftungsregelung für Online-Plattformen (öffentliche Anhörung); Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Ausschuss für Kultur und Bildung (18./19. Juni 2018)

Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme).

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (19. Juni 2018)

Verordnung über ein Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP).

Fischereiausschuss (20. Juni 2018)

Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft; Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt; Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen; Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (20./21. Juni 2018)

Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge; Nennfüllmengen für das Inverkehrbringen von in einer Destillationsblase hergestelltem und in Japan abgefülltem einmal destilliertem Shochu in der Union ; Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung); Lyme-Borreliose (Annahme einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung); Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft (Annahme von Anfragen zur mündlichen Beantwortung); Einsatz von Cannabis in der Medizin (Annahme einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung); Umsetzung des Pakets zur Kreislaufwirtschaft: Optionen zur Regelung der Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht; Zweierlei Qualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt; Europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (20./21. Juni 2018)

Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge; Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Debatte über den Beschluss über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen); Öffentliche Anhörung zum Thema „Digitalisierung im Verkehrswesen“; Europa in Bewegung – Agenda für die künftige Mobilität in der EU.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (20./21. Juni 2018)

Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte; Aussprache mit Vytenis Andriukaitis, für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständiges Mitglied der Kommission; Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU.

Rechtsausschuss (20./21. Juni 2018)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (Annahme des Entwurfs eines Berichts); Sammelklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher (Aussprache); Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte; Autonomes Fahren im europäischen Verkehrswesen; Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte (Berichterstattung über interinstitutionelle Verhandlungen).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (26. Juni 2018)

Themen-spezifische Debatte über „Die gegenwärtige und die künftige Rolle der EFSA: Berücksichtigung der Anliegen der Zivilgesellschaft und der Bürger“ unter Teilnahme von Dr. Bernhard Url, Geschäftsführender Direktor - Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA); Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft; Neufassung der Verordnung über persistente organische Schadstoffe; Trinkwasserrichtlinie.

Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (27. Juni 2018)

Stellungnahme zum Abbau der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds; Stellungnahme zum Thema Finanztechnologie (FinTech); Stellungnahme zum Thema Crowdfunding und Peer-to-Peer-Finanzierung; Stellungnahme zum Thema Rahmen für gedeckte Schuldverschreibungen.

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (28. Juni 2018)

Stellungnahme „Die Wirkungen einer neuen kohlenstofffreien, dezentralen und digitalisierten Energieversorgungsstruktur auf Arbeitsplätze und Regionalwirtschaft“ (Initiativstellungnahme); Stellungnahme „Die Bedeutung des Verkehrs für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Auswirkungen auf die EU-Politikgestaltung“ (Initiativstellungnahme).

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Wirtschaftspolitik (21. Juni 2018)

Stellungnahme zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums (Initiativstellungsname).

Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (25. Juni 2018)

Sport in der Agenda der EU nach 2020 (Initiativstellungsname); Aktionsplan für digitale Bildung (Initiativstellungsname).

Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (28. Juni 2018)

Eine europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft; Der Weg zu einem 8. Umweltaktionsprogramm; Bürgerenergiemodelle und der Beitrag lokaler Energiegemeinschaften zur Energiewende in Europa.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-15/16 (19. Juni 2018)

Zugang zu Informationen der Finanzaufsichtsbehörde.

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-497/17 (19. Juni 2018)

Zertifizierung von „halal“-Fleisch als aus „ökologischem/biologischem Landbau“?

Mündliche Verhandlung in der Gutachtensache (Avis) 1/17 (26. Juni 2018)

Vereinbarkeit der Regelung zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Investoren und Staaten im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) mit dem Unionsrecht.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)